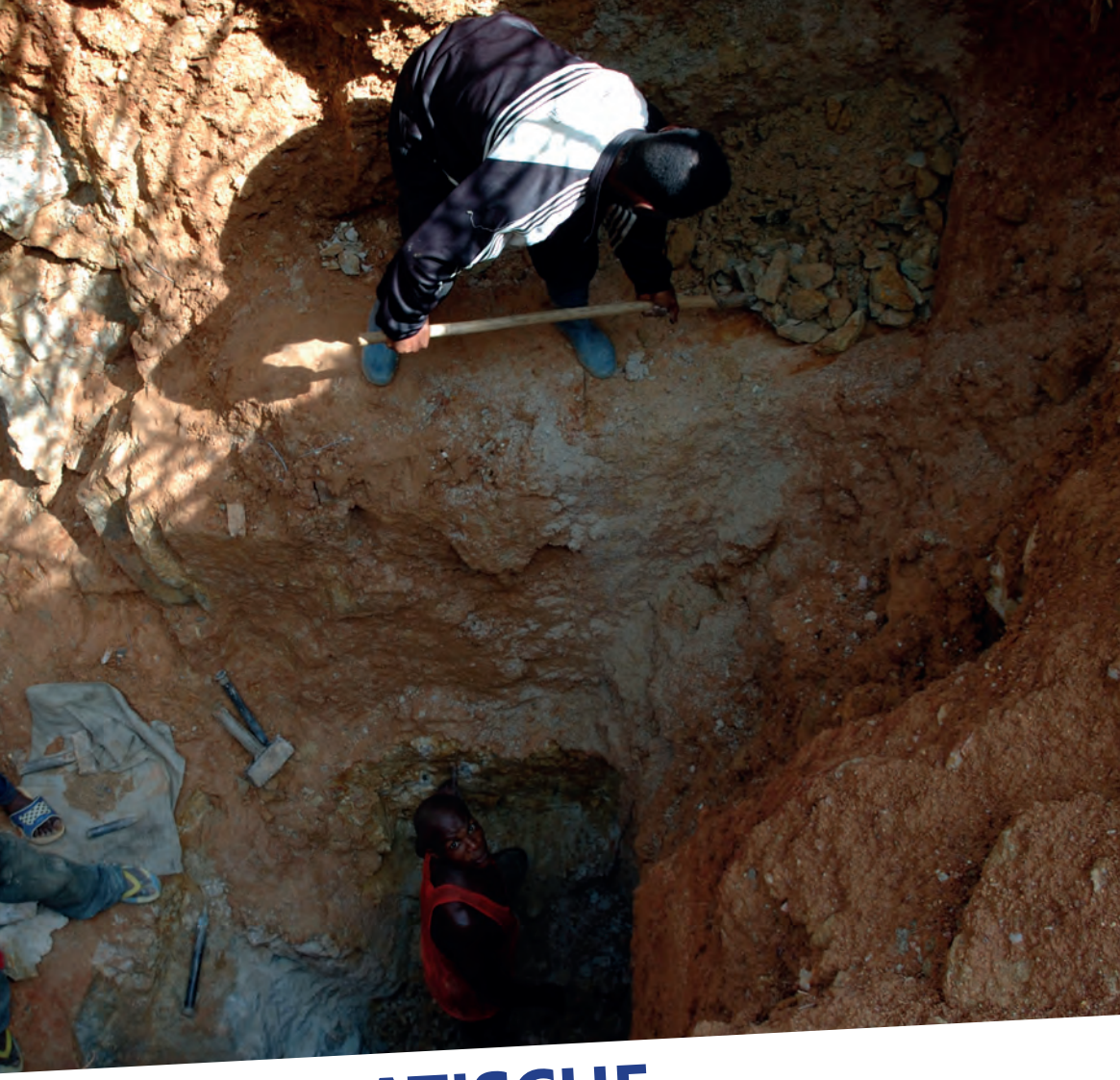

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO
Factsheet

Herausgegeben von der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum e.V.

Demokratische Republik Kongo

Landesgröße: 2.344.858 km²

Bevölkerungszahl: 86,65 Millionen (Stand 2017)

Sprachen: Französisch, Lingala, Swhalili, Kikongo, Tshiluba

Regierungssystem: Präsidialrepublik unter Präsident Joseph Kabila Kabange seit 2001

Religionen: ca. 50 % römisch-katholisch, ca. 20 % evangelisch, ca. 10 % kimbanguistisch, 10 % muslimisch, 10 % traditionelle animistische Religionen

Fluchtzahlen: 3.320.000 Kongoles*innen befinden sich auf der Flucht, darunter 1,7 Millionen Binnengeflüchtete

Seit vielen Jahren erleidet die Zivilbevölkerung in der Demokratischen Republik Kongo die Folgen des sogenannten afrikanischen Weltkriegs. Seit Mitte der Neunzigerjahre bekämpfen sich diverse Milizen und die kongolesische Armee, vor allem im Osten Kongos in den Kivu-Gebieten. Die lokale Zivilbevölkerung ist der willkürlichen Gewalt, den zahlreichen Massakern, der systematischen sexualisierten Gewalt, die als Kriegswaffe eingesetzt wird, ausgesetzt und flieht in anderen Regionen des Landes, in die Nachbarländer oder sie versuchen gar den Kontinent zu verlassen, um Sicherheit zu finden. Im Oktober 2017 rief die UN die allerhöchste Alarmstufe aus für die Regionen Südkivu, Tanganyika, Kasai und Kasai-Central.

Systematische Menschenrechtsverletzungen von allen Seiten

Obwohl der Kongo gemessen an Bodenschätzen eines der reichsten Länder der Welt ist, leben die meisten Menschen, vor allem im Ostkongo, in **Armut**. Die UN berichten, dass ein Zehntel der kongolesischen Bevölkerung unter Hunger leidet, fast jedes zweite Kind ist chronisch unterernährt. Gleichzeitig werden die zahlreichen **Minen für Gold, Kassiterit und andere wertvolle Bodenschätze von internationalen Unternehmen ausgebeutet**, oftmals **arbeiten sie dabei mit den lokalen Milizen zusammen**, die die Arbeiter*innen in Schach halten und die Minen kontrollieren. Nicht nur die Arbeitsbedingungen sind miserabel für die Minenarbeiter*innen, sondern auch ihre Lebensbedingungen, denn es fehlt an notwendiger Infrastruktur;

das Trinkwasser ist in vielen Siedlungen vergiftet; Tiere, die im Rahmen der Viehzucht einen hohen Wert haben, sterben. **Minenarbeiter*innen**, die sich für ihre Rechte engagieren und von der Regierung politisches Handeln einfordern, werden **von den Sicherheitskräften oder Milizen verfolgt, misshandelt, enteignet und vertrieben, in manchen Fällen auch getötet.**

Die Regierungskrise, die der Präsident selbst zu verantworten hat, führte zu massiven Protesten im Jahr 2016 und die Regierung ging gegen die Opposition mit exzessiver Gewalt vor – Proteste wurden verboten, Protestierende festgenommen, misshandelt, getötet. Allein im September 2016 töteten die Sicherheitskräfte mindestens 66 Demonstrant*innen. Sogar private Zusammenkünfte, in denen über die Regierung diskutiert wird, gelten als verboten. NGOs, die in Opposition zu Kabila arbeiten sowie Radiosendern wird mit Schließung gedroht. **Oppositionspolitiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Mitglieder von Jugendorganisationen** werden politisch verfolgt, inhaftiert, diskreditiert und mundtot gemacht. **In vielen Fällen werden sie über mehrere Monate hinweg festgehalten, misshandelt, gefoltert und ihrer Rechte beraubt.** Allein 2016 starben in kongolesischen Gefängnissen aufgrund der katastrophalen Lage mindestens 100 Personen.

Die andauernde Regierungskrise ist mitverantwortlich dafür, dass der Krieg im Ostkongo noch immer tausende zivile Opfer fordert und Hunderttausende zur Flucht zwingt. Zwar sind die UN mit ihrer bisher größten Friedensmission vor Ort, allerdings ohne Kampfmandat, sodass sie nicht eingreifen dürfen, wenn ein Dorf von einer Miliz oder von der Armee angegriffen wird. Doch im Rahmen der Operation Sokola 2 gehen UN-Mission und Regierungsarmee gemeinsam gegen die ruandische Hutu Miliz FDLR vor. Darüber hinaus gibt es ethnische Konflikte zwischen den bewaffneten Gruppen. Die Zivilbevölkerung befindet sich indes zwischen allen Fronten und wird regelmäßig Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit, Folter und Misshandlungen, der Zwangsrekrutierung von Kindersoldat*innen oder Plünderungen, die von Milizen aber auch von der Regierungsarmee begangen werden.

Im April 2017 fanden die UN 23 Massengräber in der Region von Kasai, 500 mutmaßliche und vor allem zivile Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen lokalen Milizen und Regierungsarmee. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) erklärte bereits, dass es sich um Kriegsverbrechen handeln könnte und kündigte mögliche Ermittlungen an, denn auch zwei UN-Mitarbeiter*innen gehörten zu den Opfern der Kämpfe in Kasai.

Literatur

Amnesty International (2017), Jahresbericht 2017, in: https://www.amnesty.de/-jahresbericht/2017/kongo-demokratische-republik, zuletzt aufgerufen am 08.12.2017

Auswärtiges Amt (2017): Kongo (Demokratische Republik), in: https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kongodemokratischerepublik-node/kongodemokratischerepublik/203186, zuletzt aufgerufen am 07.12.2017

D. Johnson, S. Schlindwein, B. Schmolze (2016): Tatort Kongo – Prozess in Deutschland. Die Verbrechen der ruandischen Miliz FDLR und der Versuch einer juristischen Aufarbeitung. Berlin 2016, Ch. Links Verlag
D. Johnson (2017): Weckruf der Vereinten Nationen – Humanitärer Notstand im Kongo. In: taz vom 24.10.2017, in: https://www.taz.de/!5454697/, zuletzt aufgerufen am 08.12.2017

Human Rights Watch (2017): Country Summary on Democratic Republic of Congo. In: https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/democratic-republic-congo, zuletzt aufgerufen am 08.12.2017
UNO Flüchtlingshilfe (2017): Zahlen und Fakten – Hauptflüchtlingsländer. In: https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/cdn/trk/lp/v01/, zuletzt aufgerufen am 07.12.2017

V.i.S.d.P.: Christian Cleusters, Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V., Glockengarten 1, 44508 Bochum

Bildnachweis Titel: Julien Harneis/flickr.com/CC-BY 2.0

Gefördert durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

Brot für die Welt
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen